BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

ZWISCHENBILANZ

www.gruene-rek.de

Vorwort des Vorsitzenden Elmar Gillet

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

wie schon in der letzten Wahlperiode legt die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen eine Zwischenbilanz vor. Wir möchten mit dieser Bilanz über den Stand unserer Arbeit berichten: Was konnte aus dem Grünen Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2014 umgesetzt werden, welche Punkte stehen noch aus und welche aktuellen Aufgaben haben sich für die Politik des Kreistags ergeben?

Mit einem stabilen Wahlergebnis sind wir 2014 gestartet und konnten daher viele Grüne Inhalte in den Koalitionsvertrag, den wir mit unseren bisherigen Koalitionspartnern CDU und FDP erneut geschlossen haben, einbringen. Die „Jamaika"-Koalition im Rhein-Erft-Kreis hält nun bereits mehr als 5 Jahre und wir haben den Eindruck gewonnen, dass wir eine gute Basis der Zusammenarbeit gefunden haben, um für die Menschen des Rhein-Erft-Kreises eine zukunftsweisende, nachhaltige Politik zu gestalten.

Natürlich bildet der Klimaschutz den Schwerpunkt der Arbeit der Grünen Kreistagsfraktion. Die Gebäude des Kreises werden mit zertifiziertem Öko-Strom betrieben, der kostet nicht mehr als früher der konventionelle Strom. Durch erhebliche Investitionen in die Gebäude des Kreises, insbesondere in den Schulen, konnten große Mengen CO_2 eingespart werden. Ein Klimaschutzmanagement wird bald diese Prozesse noch weiter forcieren.

Zwischenbilanz der Grünen Fraktion im Rhein-Erft-Kreis

Im Juni 2016 hat der Kreistag einen Beschluss zum Ende der Braunkohlenutzung getroffen, den wir für richtungsweisend erachten und der viel Anerkennung gefunden hat.

Die Erfolgsstory des „EkoZet", des Zentrums für erneuerbare Energien und Energieeffizienz des Rhein-Erft-Kreises, wird weitergeschrieben. Es feierte im Dezember 2017 sein fünfjähriges Bestehen. Immer mehr Menschen besuchen die Bildungsangebote des EkoZet. Es ist Ziel von Besuchergruppen aus der ganzen Welt und es konnten erfolgreich Lehrprogramme entwickelt werden.

Auch der klassische Umweltschutz kommt im Rhein-Erft-Kreis nicht zu kurz. Wir haben das Umweltamt gestärkt. Mit der Befüllung der Bedburger Teiche konnten wir einen wichtigen Beitrag zum Vogelschutz leisten.

Ein schwieriges politisches Aufgabenfeld stellte die durch eine EU-Verordnung notwendig gewordene Reorganisation der Busverkehre dar. Mit der Ertüchtigung der kreiseigenen Verkehrsgesellschaft REVG von einer Managementgesellschaft zum durchführenden Unternehmen mit eigenen Bussen sehen wir nun die gute Chance, die Busverkehre günstiger, umweltfreundlicher und auch noch etwas besser als bisher organisieren zu können.

Ihr/Euer

Elmar Gillet
Fraktionsvorsitzender

Zwischenbilanz der Grünen Fraktion im Rhein-Erft-Kreis

Inhaltsverzeichnis

Grußwort des Vorsitzenden Elmar Gillet 3

1.1 SUN Stadt Umland Netzwerk. 7

1.2 „Wasser marsch“ – an den Bedburger Teichen 7

Nicole Kolster. 8

1.3 Phantasialand – Naturschutz kippt! 11

1.4 Rodungsstopp für den Hambacher Wald 11

Horst Lambertz 13

1.5 Braunkohle-Beschluss KT. 15

1.6 EkoZet 15

Friederike Seydel 16

2. Finanzen 17

2.1 WFG 17

Helga Broich 18

2.2 Senkung Kreisumlage 19

3. Sozial- und Gesellschaftspolitik 20

3.1 Potenzialcheck – Azubi-Ticket. 20

Marion Hirseler 20

3.2 Schulsozialarbeit 21

Elmar Gillet 22

3.2 Kommunales Integrationszentrum 22

Monika Mertens. 23

3.4 Planungssicherheit für Träger 24

3.5 Rechtsextremismus 24

4. Verkehr. 25

4.1 Nahverkehrsplan 25

4.2 Busverkehr des Kreises ab 2019 in Eigenregie 26

4.3 Radschnellwege Frechen und Erftradweg von Bedburg bis Erftstadt 30

4.4 S-Bahn Köln–Horrem– Bedburg–Düsseldorf ab 2024 31

Gero Donner. 32

4.5 Rhein-Erft-Kreis-Grüne nach wie vor nicht von der neuen Rheinbrücke in Wesseling überzeugt 33

4.6 Schiene auf vorhandenen Trassen ausbauen – Fit machen für die Zeit nach der Kohle 35

Johannes Bortlisz-Dickhoff. 37

Antragsliste 38

Zwischenbilanz der Grünen Fraktion im Rhein-Erft-Kreis

1.1 SUN Stadt Umland Netzwerk

Vor dem Hintergrund des Strukturwandels im rheinischen Revier und den zukünftigen Herausforderungen der Region hinsichtlich des Bevölkerungswachstums und der Siedlungs-, Wirtschafts- und Verkehrsentwicklung bei gleichzeitiger Sicherung des Freiraumes und sparsamem Umgang mit der Fläche steht der Kreis gemeinsam mit den kreisangehörigen Kommunen vor der Aufgabe, einen gemeinsamen Planungs- und Dialogprozess zur Zukunft der Region zu organisieren.

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Kooperation der Kommunen und Gebietskörperschaften im Rheinland ist das „Stadt Umland Projekt".

In mehreren Workshops zum Thema ist es gelungen, mit den Akteuren von Politik und Verwaltungen aus Kreis und Kommunen endlich gemeinsame Konzepte zu entwickeln. Die Zeiten, wo jede Kommune bei Siedlungs- und Gewerbeflächen ihr Ding durchzog – teilweise auch gegen die Interessen der Nachbarn –, sind vorbei. Interkommunale Zusammenarbeit ist das Gebot der Stunde, denn nur so sind die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen.

1.2 „Wasser marsch" – an den Bedburger Teichen

Die Bedburger Teiche sind seit 2002 als Naturschutzgebiet ausgewiesen. Das knapp 30 Hektar große Teichgebiet ist überregional bedeutsam als Brut-, Nahrungs- und Durchzugsbiotop für seltene Wasser- und Watvögel. Neben den Bedburger Klärteichen gibt es weitere Klärteiche bei Elsdorf-Berrendorf-Wüllenrath. Beide Gebiete sind für den Naturschutz im Rhein-Erft-Kreis von hoher Bedeutung und beide Gebiete sollten als sogenannte Trittsteinbiotope dauerhaft erhalten bleiben.

Innerhalb der Koalition haben sich die Fraktionen schnell verständigen können, dass hier neben der Sofortmaßnahme nachhaltige Konzepte zur dauerhaften Sicherung unter Einbeziehung der Stadt und

des Flächeneigentümers erarbeitet werden sollen. Zunächst werden 20.000 m³ Wasser in die fast trockengefallenen Teiche der ehemaligen Zuckerfabrik Pfeifer & Langen eingeleitet, denn das Gebiet drohte vollständig zu verlanden.

Das Gebiet umfasst insgesamt vier Teiche und bietet Lebensraum auch für seltene Amphibien und Insekten. Im Jahr 2013 hatten die Teiche noch eine Wasserfläche von ca. 103.000 m². Im Jahr 2017 waren es nach Abschätzungen über Luftbildaufnahmen nur noch 24.600 m² Wasserfläche, eine Schrumpfung von 76 %. So die Vorlage der Kreisverwaltung.

Dieser immense Wasserverlust hat alle erstaunt und es ist daher wichtig, dass die Verwaltung bald die Kosten benennt, die bei möglichen wiederkehrenden Wassereinleitungen dauerhaft auf den Kreis zukommen.

Im nächsten Schritt wird die Biologische Station ein Konzept erarbeiten, welche Maßnahmen in den nächsten Jahren ergriffen werden müssten, um den artenreichen Lebensraum dort zu sichern.

Nicole Kolster

Als Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Kreisentwicklung bin ich in erster Linie damit beschäftigt, das Grüne Kernanliegen voranzubringen: den Schutz von Natur und Umwelt. Hier konnten wir in den zurückliegenden Jahren einiges erreichen.

Was wir wollten

Die Arbeit der Biologischen Station wollen wir fortsetzen und weiterentwickeln. Die Biologische Station soll auch an den Bedburger Teichen tätig werden, z.B. in Form einer Betreuung einer Naturschutzhütte.

Was wir erreicht haben

Im Haushalt des Jahres 2017/2018 konnten wir die Koalitionspartner davon überzeugen, dass das Naturschutzgebiet Bedburger Teiche von landesweiter Bedeutung für seltene Vogelarten ist. Die Teiche sind in den vergangenen Jahren immer weiter verlandet, damit einher geht ein Verlust an Nahrungs-, Rast- und Bruthabitaten für seltene Wasservögel. Im HH 2017/2018 wurde Mittel für Sofortmaßnahmen bereitgestellt, so dass im Herbst 2017 erstmals 20.000 m³ Erft-Wasser eingeleitet wurden. Weiterhin wird das Gebiet nun durch die Biostation eng gemonitort und ein Konzept wird erarbeitet, um die Bedburger Teiche dauerhaft zu sichern. Ob eine Naturschutzhütte oder ein kleines Infozentrum eingerichtet wird, ist derzeit noch offen, an erster Stelle steht die Sicherung des Lebensraumes für seltene Wat- und Wasservögel.

Was wir wollten

Der Erhalt wichtiger Wald-, Frei- und Ackerflächen ist von besonderer Bedeutung. Umwandlungen bedürfen einer sorgfältigen Abwägung hinsichtlich der Notwendigkeit der Sicherung von Unternehmen mit ihren Arbeitsplätzen, der Verkehrsinfrastruktur und der Anforderungen des Naturschutzes.

Was wir erreicht haben

Der Rhein-Erft-Kreis ist weiterhin Mitglied bei der „Allianz für die Fläche". Im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans beobachten und begleiten wir die Entwicklung im Kreis sehr genau. Ein Gewerbeflächenentwicklungskonzept wurde gemeinsam unter Beteiligung aller Kreiskommunen erarbeitet und im Frühjahr 2018 verabschiedet. Die Freiraumstrategie wird derzeit ebenfalls eng durch Grüne begleitet, so dass wir Grünkorridore ebenfalls ausbauen und erhalten können. Hierzu wird vor allem ein Freiraumkonzept auf Ebene der Flächennutzungsplanung westlich der Erft erarbeitet. Im Haushaltentswurf 2019/2020 sind Mittel für die Erarbeitung dieses Konzepts gemeinsam mit den Kommunen vorgesehen. Denn die Menschen im Rheinland haben ein Bedürfnis nach Natur und den Schutz der Umwelt. Dabei haben wir Grüne den Vierklang aus Vermeidung, Verdichtung, Recycling und schonender Inanspruchnahme von Flächen immer im Blick.

Zwischenbilanz der Grünen Fraktion im Rhein-Erft-Kreis

Weiterhin sind im Haushalt 2019/2020 Mittel für Unterhaltungs- und Maßnahmenkonzepte für alle bestehenden 45 Naturschutzgebiete des Kreises enthalten. Schutzgebiete bedürfen ausreichender Pflegmaßnahmen, damit sie weiterhin ihre ökologische Funktion aufrechterhalten können.

Was wir wollten

Die Abfallentsorgung wird entsprechend den neuen technischen Möglichkeiten modernisiert und gebührenschonend ausgeschrieben. Das neue Abfallwirtschaftskonzept des Kreises wurde fortgeschrieben und verabschiedet.

Was wir erreicht haben

Auf Kreisebene wurde im Sommer das neue Abfallwirtschaftskonzept verabschiedet. Das alte Konzept aus dem Jahr 2001 musste fortgeschrieben werden. Vor allem im Bereich der Bio- und Grünabfälle hat sich einiges bewegt. So sind seit dem 1. Januar 2015 nach dem neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG §11) von 2012 Bioabfälle grundsätzlich von den anderen Wertstoffen wie Rest- und Sperrmüll, Papier etc. zu trennen. Für die künftige Ausschreibung im Bereich der Bio- und Grünabfälle wurde daher besonderer Wert auf die Vermeidung in Form einer intensivierten Abfallberatung in allen Kommunen und die energetische Verwertung gelegt. Wir sind hoffnungsvoll, dass das neue Abfallwirtschaftskonzept hier die richtigen Weichen für die Zukunft der Abfallentsorgung im Rhein-Erft-Kreis enthält. Weiterhin denken wir die Abfallentsorgung im Rahmen des Strukturwandels weiter: Im Haushalt 2019/2020 wurden Mittel eingestellt zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie für eine kreiseigene Kompostierungs-, Vergärungs- und Biogasanlage. Perspektivisch sollen die Busse der neu gegründeten kreiseigenen Verkehrsgesellschaft ggf. zukünftig mit Biogas betrieben werden. Die Machbarkeit und die Wirtschaftlichkeit sollen daher in der Studie besonders geprüft werden, so dass wir kreisweit nach Vorlage der Studie gemeinsam diese Möglichkeit mit den Kommunen diskutieren können, um eine nachhaltige öffentliche Mobilität für die Menschen im Rhein-Erft-Kreis zu etablieren.

1.3 Phantasialand – Naturschutz kippt!

Jahrelang kämpften Bürgerinitiativen und Grüne gegen eine Erweiterung des Phantasialandes und für einen funktionierenden Lärmschutz. Das Phantasialand war historisch auf industriell für die Braunkohle genutztem Gelände zunächst als Märchenwald entstanden. Der Ausbau durch immer weitere und lärmintensive Attraktionen beeinträchtigt sowohl die anliegende Wohnbevölkerung als auch die Natur. In den Auseinandersetzungen konnte insbesondere die Initiative BoViVo[1] erreichen, dass wenigstens minimale Schallschutzauflagen einzuhalten sind – weswegen die neueren Attraktionen auch mit ausgeklügelten Schallschutzmaßnahmen ausgestattet wurden. Auch die Ausdehnung in den Villewald – jenseits der Phantasialandstraße Richtung Erftstadt – wurde nicht umgesetzt, wofür sich in hohem Maße auch die Initiative 50.000 Bäume[2] eingesetzt hatte. Das letzte Mediationsverfahren war dann die Grundlage für den Beschluss des Regionalrates, dem Phantasialand weitere Flächen zur Verfügung zu stellen: 14 Hektar im sogenannten Naturschutzdreieck, in dem der Ententeich mit einer Population geschützter Eisvögel liegt, und weitere 4 Hektar am Lenterbach[3]. Die Umsetzung dieser Beschlusslage wurde durch das bis zur Landtagswahl Grün geführte Landesumweltministerium, das auch der Forstbehörde vorsteht, nicht umgesetzt. Im Landtag haben die neuen Koalitionsfraktionen von CDU und FDP nunmehr die zügige Umsetzung in Aussicht gestellt.

1.4 Rodungsstopp für den Hambacher Wald

Wir GRÜNEN fordern aktuell im Braunkohleausschuss in einem Antrag die detaillierte Darstellung der Erforderlichkeit einer Rodung des Hambacher Waldes bei Morschenich durch RWE.

1 http://www.bovivo.de
2 http://www.bi-50tausendbaeume.de
3 http://www.bi-50tausendbaeume.de/index.php/aktuelles.html

Die inzwischen nach Gerichtsbeschluss zwar wieder eingestellten Rodungen im Hambacher Wald werfen eine Reihe von Fragen auf, die in der nächsten Sitzung des Braunkohleausschusses beantwortet werden sollen.

Nachdem der Klage des BUND gegen die Rodungen nicht stattgegeben wurde, fällte RWE im Hambacher Wald kurzerhand wieder Bäume. Der Vergleichsvorschlag des Richters, die Rodungen im Wald wenigstens so lange auszusetzen, bis eine politische Entscheidung über den Kohleausstieg gefallen sei, wurde von RWE abgelehnt mit der Begründung, nur so sei der Tagebau aufrechtzuerhalten. Inzwischen hat das Oberverwaltungsgericht Münster zwar entschieden, dass die Rodungsarbeiten im Hambacher Wald vorerst zu ruhen haben, aber es bleibt z. B. die Frage, warum unsachgemäß mit den Fledermausquartieren umgegangen wurde: Die Bauten wurden mit Folie derart verklebt, dass die Fledermäuse selbst dann nicht in ihre Sommerquartiere zurückkehren können, wenn diese Bäume im Frühjahr noch stehen sollten.

Wie weit der Betrug an der Bevölkerung geht, zeigt auch, dass bereits im letzten Jahr mit Rodungen auf der westlichen Seite des Waldes bei Morschenich begonnen wurde, obwohl für den Fortschritt des Tagebaus, wenn überhaupt, allein eine Rodung auf westlicher Seite bei Manheim notwendig wäre.

Dies steht im Widerspruch zum Braunkohleplan, nach dem „in dem für die bergbauliche Nutzung ausgewiesenen Raum die land- und forstwirtschaftlichen Flächen im zeitlichen Ablauf des Braunkohlenabbaus nur in dem jeweils unerlässlichen Umfang in Anspruch genommen werden“ sollen. Da die jährliche Förderung seit einigen Jahren entgegen der Planung von 45 Mio. Tonnen auf nur noch ca. 38 Mio. Tonnen zurückgegangen ist, ist auch zweifelhaft, ob der Tagebau künftig in der bisher zugrunde gelegten Form voranschreitet.

Wir Grüne erwarten im Braunkohleausschuss des Regionalrates eine ausführliche Darstellung aller

Kriterien, die laut RWE eine Rodung des Waldes notwendig machen. Insbesondere soll erläutert werden, warum die Rodungen zunächst von westlicher Seite des Forstes aus begonnen wurden und wie sich die verringerte Fördermenge auf das Fortschreiten des Tagebaus auswirkt. Desweiteren muss genau erläutert werden, mit wem die Maßnahme zur Vertreibung der Fledermäuse abgesprochen wurde.

Mit Kohlekraftwerken gibt es keine Zukunft, so wie im November 2017 auf der Klimakonferenz in Bonn von über 20 Staaten verkündet, die aus der Nutzung aussteigen. Wir Grünen stehen an der Seite dieser Staaten.

Horst Lambertz

Neben meinem Kreistagsmandat bin ich seit Jahren auch Mitglied im Regionalrat und im Braunkohleausschuss.

Klar, dass seit langem dem Thema Braunkohle ein Großteil meines politischen Engagements gilt, auch wenn ich mir manchmal vorkomme, als kämpfte ich gegen Windmühlenflügel.

Klimakiller Kohle

Svante Arrhenius, der 1903 den Nobelpreis für Chemie erhielt, warnte bereits 1896 vor einer übermäßigen Kohlendioxid-Belastung der Atmosphäre. Aus seinen damaligen Messungen folgerte er, dass sich der CO_2-Gehalt der Atmosphäre durch menschliches Zutun innerhalb von 140 Jahren – also bis 2036 – verdoppeln werde und die durchschnittliche Temperatur damit um etwa 4 °C zunehme.

121 Jahre später können wir seine Berechnungen nur bestätigen. Allen Alarmsignalen zum Trotz geht das Umdenken in Regierungen und politischen Gremien aber nur im Schneckentempo voran. Deutschlands Regierung, einst Vorreiter im Kampf gegen den Klimawandel, ruht sich auf ihren Lorbeeren der Vergangenheit aus und ist dabei, alle selbstgesteckten Ziele zu

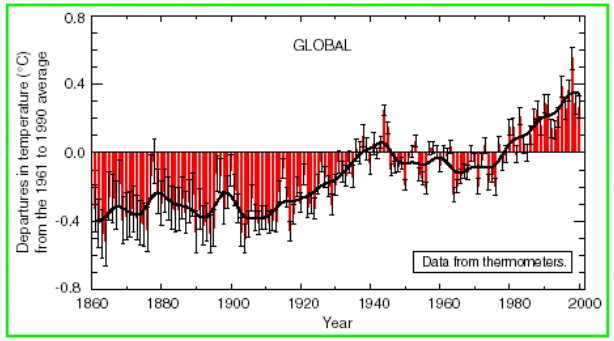


Figure 2: Combined annual land-surface air and sea surface temperature anomalies (°C) 1861 to 2000, relative to 1961 to 1990. Two standard error uncertainties are shown as bars on the annual number. [Based on Figure 2.7c]

Weltweit gemessene Jahrestemperaturen 1861 – 2000

Quelle: IPCC

verfehlen. Dabei wäre es ein Leichtes, in kürzester Zeit wieder Anschluss an andere Länder zu erreichen: Ausstieg aus der Kohleverbrennung, denn dabei wird doppelt so viel CO_2 freigesetzt wie etwa bei Erdgas und der Umstieg auf die regenerativen Energien. Denn die Nutzung von Wasser, Wind und Sonne ist klimaneutral.

80 Prozent der Deutschen sind inzwischen gegen den Abbau der Braunkohle und ihre Verstromung, allein der politische Wille der Regierung ist ein anderer. Die Kohlekraftwerke laufen, trotz ihrer Ineffektivität von maximal 42% Ausbeute (BOA), unentwegt weiter und produzieren auf diese Weise mehr Kohlendioxid als Strom. Dabei gibt es auch im Rhein-Erft-Kreis Gaskraftwerke, die aber gar nicht oder nur wenige Tage im Jahr in Betrieb gehen. Warum? Im Gegensatz zu Kohlekraftwerken, die zum Hochfahren und damit bis zur Stromerzeugung eine halbe Stunde benötigen, sind sie in 2–3 Minuten betriebsbereit und ideal, um bei Spots zu liefern. Inzwischen wird aber derart viel regenerative Energie eingespeist, dass ausreichend Strom erzeugt wird und sich der Betrieb finanziell nicht lohnt. Wer die Notwendigkeit von Kohlekraftwerken deshalb für notwendig erklärt, wie der unbelehrbare Braunkohlelobbyist Guido van den Berg oder zuletzt Ministerpräsident Laschet, der macht den Menschen was vor: Der Betrieb dient seit Jahren fast ausschließlich dem Stromexport.

1.5 Braunkohle-Beschluss KT

Energetische Sanierung von Kreisgebäuden

Die Sporthallen am Karl-Schiller-Berufskolleg und an der Heinrich-Böll-Schule in Frechen wurden energetisch saniert. In beiden Hallen werden die Außenwände gedämmt und die Heizungen auf den aktuellen Stand der Technik gebracht. Dies bringt eine ordentliche Einsparung an CO_2: In Frechen sind es 29 Tonnen, bei der Dreifachhalle in Brühl sogar 85,8 Tonnen. Pro Jahr!

Natürlich sinken auch die Energiekosten. Wieder mal ein Beispiel dafür, dass ökologisch notwendige Maßnahmen nicht unerhebliche finanzielle Vorteile erzeugen.

1.6 EkoZet

Das EkoZet als außerschulischer Lernraum wächst weiter:

Das **Projekt Lernraum** läuft – das Enegiekompetenzzentrum konnte altbekannte, aber auch neue Lehrkräfte und Klassen begrüßen. Besonders erfreulich die Besuche aus dem Kreis und hier besonders vom Bergheimer **Gutenberg-Gymnasium**, das bereits zum dritten Mal zu Gast war und auch zukünftig jedes Jahr mit diversen Klassen ins Haus kommen wird.

Ebenfalls zum dritten Mal waren in den Osterferien Schülerinnen und Schüler vom Leistungszentrum für **Naturwissenschaften und Umwelt (LNU)** zu Gast – entstanden sind **zwei hochwertige Imagefilme/Werbefilme für den Lernraum EkoZet.**

Erfolgreiche Kooperationen für das EkoZet: Es sind Kooperationsvereinbarungen mit der **Technischen Hochschule Köln (TH)** und mit der **Fachhochschule des Mittelstandes (FHM)** in Pulheim in Arbeit. Auch hier erwarten wir eine enge Zusammenarbeit und Nutzung unseres Hauses durch die Studierenden.

Fortbildungsveranstaltungen und internationale Gruppen zu Besuch im EkoZet:

In Zusammenarbeit mit der **Bildungsgenossenschaft Essen** veranstaltet das Zentrum einen Tag zum Thema „Gründung von Schülerfirmen im Bereich Erneuerbare Energien“, außerdem eine Lehrerfortbildung „Lernraum EkoZet – Lerneinheiten“ für das **Berufskolleg Lindenstraße** aus **Köln**.

Im Juli war darüber hinaus eine Gruppe von Lehrkräften aus Moskau zu Gast.

Friederike Seydel

Als langjähriges Mitglied im Aufsichtsrat des Energiekompetenz-Zentrums im Rhein-Erft-Kreis beschäftige ich mich gerne und intensiv mit den Fragen der effizienten Nutzung von Energie, den regenerativen Energien und dem Klimaschutz. Auch widme ich mich als Grünes Ratsmitglied und Vorsitzende der Grünen Fraktion in Hürth gerne solchen Themen. Für die Grüne Kreistagsfraktion bin ich auch Mitglied im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport sowie stellvertretend im Ausschusss für Umwelt, Kreisentwicklung und Energie.

Klimaschutzkonzept für den Energiekreis

Der Rhein-Erft-Kreis ist als Energiekreis groß und wohlhabend geworden. Die Grundlage dafür war und ist noch die Ausbeutung der Braunkohle mit zum Teil dramatischen Folgen für die Bevölkerung, Umwelt und Klima. So ist der hohe CO_2-Ausstoß bei der Verbrennung von Braunkohle für Strom und Wärme zunehmend problematisch und mit Hauptursache der Erderwärmung. Deshalb haben die GRÜNEN zum Haushaltsplan 2015/2016 die Erstellung eines Klimaschutz-Teilkonzeptes für die kreiseigenen Gebäude beantragt, das die Potenziale zur Reduktion von Energieverbrauch und CO_2-Ausstoß aufzeigt. Für die gezielte und zügige Umsetzung soll ein/e Klimaschutzmanager/in sorgen.

Am 29. Juni 2017 hat der Kreistag das Klimaschutz-Teilkonzept für die kreiseigenen Gebäude einstimmig beschlossen. Es dient jetzt als Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe für mehr Klimaschutz und zeigt auf, wie wir mit relativ geringen eigenen Investitionen 30 % des gesamten Energiebedarfs der Gebäude einsparen können. Das ist eine gute Perspektive, deren Umsetzung wir gezielt und aufmerksam begleiten werden. Seit 2018 arbeitet nun ein Klimaschutzmanager daran, etwa effiziente Beleuchtung mit LED und Steuerung zu installieren, Heizungsanlagen zu optimieren, den Wärmebedarf durch Einbau neuer Fenster zu reduzieren oder im Adolf-Kolping-Berufskolleg Wärme- und Strompotenziale des benachbarten Energiekompetenz-Zentrums zu nutzen.

Angesichts des Klimawandels und seiner teils gravierenden Folgen sind diese Maßnahmen, für die wir GRÜNE uns seit Jahren einsetzen, ein gutes Signal. Erfreulich ist, dass der Kreis von 8,6 Mio. € an nötigen Investitionen in die Gebäude bis 2020 nur 630.000 € selbst zu stemmen braucht, dank entsprechender Fördermittel aus der Nationalen Klimaschutzinitiative. Die Stelle einer Managerin oder eines Managers für den Klimaschutz wird mit bis zu 65 % ebenfalls gefördert.

2. Finanzen

2.1 WFG

Die **WFG** hat eine wichtige Standort- und Zukunftsstudie für den Rhein-Erft-Kreis in Auftrag gegeben, die **Reload-Studie**[4]: Denn Deutschland und seine Regionen stehen in den nächsten Jahren vor fundamentalen Herausforderungen. Auf langfristige gesellschaftliche Veränderungen wie die Digitalisierung, den demografischen Wandel oder die Re-Urbanisierung der Ballungsräume müssen Politik und Verwal-

4 http://www.reload2030.de/wp-content/uploads/2017/07/REload_Studie-2030.pdf

tungen Antworten finden. Dabei geht es um nichts Geringeres als um den Erhalt der hohen Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität in Deutschland.

Die regionalen Akteure im Rhein-Erft-Kreis haben diese Herausforderungen früh erkannt und können heute aus einer Position der Stärke agieren, um entscheidende Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit einzuleiten. In einem strukturierten Prozess wurden dementsprechend von den Akteuren vor Ort die entscheidenden Zukunftsfragen formuliert, die in der Standort- und Zukunftsstudie beantwortet wurden. Die Studie ist ein weiterer Schritt in einem langfristig angelegten Prozess. Die WFG wird sich in den folgenden zwei Jahren zunächst auf die Themenfelder Fachkräftemangel, Innovation, Digitalisierung und Wohnortattraktivität konzentrieren.

Helga Broich

Gleichstellung

In der Reload-Studie der WFG wird als wichtiger Faktor zur Begegnung des Fachkräftemangels die Vereinbarkeit von Familie und Beruf genannt. Wer von Unternehmen offensive Maßnahmen zur Verwirklichung der Gleichberechtigung erwartet, sollte selbst mit gutem Beispiel vorangehen! Bei der Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes bestehen auch in der Verwaltung des Rhein-Erft-Kreises noch erhebliche Defizite. So sind Frauen in Führungspositionen, bei Beförderungen und in Gremien weiterhin unterrepräsentiert. Vor diesem Hintergrund wurde das LGG novelliert und ist in seiner neuen Fassung seit Dezember 2016 in Kraft. Die Novellierung soll vor allem die Durchsetzungskraft stärken. Der nächste Gleichstellungsplan wird auf Grundlage des neuen LGG erstellt und sollte von uns bereits im Vorfeld und bei der Umsetzung kritisch geprüft werden.

Schuldenfreiheit

*Die durch den REK seit Jahren eingehaltene Schuldenfreiheit stellt einen wichtigen Bestandteil zur Gewährleistung der Haushaltsdisziplin dar. Seit Einführung des NKF stehen jedoch weitaus mehr Instrumente für eine zeitgemäße Haushaltssteuerung zur Verfügung. Der Fokus, so meine ich, sollte sich mehr auf die Aufwendungen richten, da diese in unmittelbarem Zusammenhang mit der Höhe der Kreisumlage stehen. So könnten geeignete Kennzahlen es ermöglichen, Aufwendungen gezielt zu steuern. Dies würde den Haushalt flexibler machen und es könnten aktuelle Bedingungen – wie die derzeit historisch niedrigen Zinsen – zum Vorteil der Bürger*innen genutzt werden.*

2.2 Senkung Kreisumlage

Eine möglichst niedrige Kreisumlage, also die Mittel, die die Kommunen zur Wahrnehmung der überörtlichen kommunalen Aufgaben an den Kreis zahlen, ist für die Koalition von CDU, GRÜNEN und FDP selbstverständlich. Um diese Umlage niedrig zu halten, wurden in den letzten Jahren die Reserven des Kreises aufgebraucht. Nun muss möglichst sparsam und wirtschaftlich gehandelt werden. Dies mahnt uns umso dringlicher, das „Was“ und das „Wie“ des Handelns des Kreises kritisch zu analysieren. Hierbei sind Neuverschuldung zur Deckung laufender Ausgaben einerseits, aber eben auch ein Kahlschlag bei den freiwilligen Leistungen, die ja letztlich dem Wohle aller kreisangehörigen Kommunen dienen, nicht angesagt. Dies haben die Grünen Ratsfraktionen im Kreis verstanden, die ja nun als Ergebnis der Kommunalwahl in sieben von zehn Kommunen in Koalitionen die Mitverantwortung zur Gestaltung übernommen haben. Das alte Spielchen Kommunen gegen den Kreis funktioniert nicht mehr, dies sollte auch die SPD, die zwar noch sechs Bürgermeister stellt, aber nur noch in einem Rat eine führende Rolle spielt, endlich begreifen! Insbesondere weisen wir auch die finanzpolitischen Forderungen der SPD

im Kreistag zurück, die einerseits auf eine weitere Senkung der Kreisumlage, zum anderen aber gleichzeitig eine Erhöhung von Ausgabepositionen zielen. Diese Politik ist unseriös und hätte zur Folge, dass der Haushalt nicht genehmigungsfähig wäre.

3. Sozial- und Gesellschaftspolitik

3.1 Potenzialcheck
Azubi-Ticket

Auf die inzwischen landesweite Einführung des Azubi-Tickets[5] können wir als Grüne Kreistagsfraktion mit Recht stolz sein. Seit Jahren haben wir in den Gremien des Verkehrsverbundes immer wieder die Frage gestellt, warum Studierende und Schüler Netztickets zu vorteilhaften Preisen bekommen können, Auszubildende hingegen mit dem Starter-Ticket abgespeist werden, das nur auf einer Verbindung gilt und völlig überteuert ist. Dass das Azubi-Ticket jetzt ganz viele Mütter und Väter hat, macht uns glücklich, denn damit ist es nicht so gefährdet wie das Sozialticket, das von CDU und FDP im Land wieder abgeschafft werden wird, falls sich die reinen Fiskalpolitiker durchsetzen. Auch hier gilt: Grün macht den Unterschied.

Marion Hirseler

Mir liegt am Herzen, die Schulen, also die Berufskollegs und die Förderschulen, auf dem vorbildlichen Ausstattungsstand zu halten, den wir erreicht haben. Mit dem Neubau des Bergheimer Berufskollegs wird genau auf den aktuellen Bedarf abgestellt. Der demografische Wandel erfordert die höchsten Anstrengungen zur Ausbildung von Pflegefachkräften. Wir werden ein modernes Gebäude für die Auszubildenden und die Stadt Bergheim errichten. Die Architektur ist äußerst gelungen, lichtdurchflutet, energetisch auf einem hohen Stand. Nicht nur der Stadtteil wird vom Berufskolleg profitieren.

Ebenso liegt mir am Herzen, die Integration unserer neu eingewanderten Mitbürgerinnen und Mitbürger voranzubringen. Sprache und Ausbildung stehen da an der allerersten Stelle. An unseren Berufskollegs haben wir erfolgreich Sonderklassen eingerichtet, die bei den ersten Schritten helfen.

5 www.vrsinfo.de/tickets/vrs-abos/azubiticket.html

Zwischenbilanz der Grünen Fraktion im Rhein-Erft-Kreis

3.2 Schulsozialarbeit

Nachdem der Kreis bereits über Jahre die Schulsozialarbeit an den Berufskollegs des Kreises und später auch an den Förderschulen finanziert hat, obwohl CDU und FDP hierfür eigentlich das Land in der Pflicht sehen, hat der Kreistag, ganz im Grünen Sinne, am 30. März 2017 einstimmig beschlossen:

„1) Der Rhein-Erft-Kreis hat ab dem Schuljahr 2017/2018 als Schulträger der fünf Berufskollegs (BKs) die Schulsozialarbeit im bisherigen Umfang fortführt und an den drei Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung (GG-Schulen) einführt.

2) Der Bedarf an Schulsozialarbeit wird an den o.g. Schulen ab dem Schuljahr 2017/2018 grundsätzlich durch einen freien Träger gedeckt."

Die weitergehenden Erläuterungen finden Sie im Internet.[6]

Die Grüne Fraktion hat sich innerhalb der Koalition immer für die Einführung und den Erhalt der Schulsozialarbeit insbesondere an den Berufskollegs eingesetzt. Daher begrüßt sie es ausdrücklich, dass jetzt eine Dauerfinanzierung über den Kreishaushalt sichergestellt ist.

6 www2.rhein-erft-kreis.de/sdnetrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NL.HayEYv8Tq8S-j1Kg1HauCWqBZo5Ok6KfyJbxIWsCSn4Rk4TezKeyDWq8Sn6Rk1Lf0KjvFavET-qASj1Mj0KaxJYr8Zm9UGJ/Anlage_zur_Beschlussvorlage_306-2016_1.--Ergaenzung.pdf

Elmar Gillet

Grün investiert in Bildung vor Ort

Das Landesprogramm „Gute Schule“ versetzt uns in die Lage, die Investitionen im Bildungsbereich deutlich zu erweitern. Wir wollen bis 2020 1 Million Euro in die Digitalisierung der Berufskollegs investieren. Wenn wir jungen Menschen eine gute Ausbildung ermöglichen wollen, brauchen wir die entsprechende technische Ausstattung der Bildungseinrichtungen. Ich mahne hier aber an: Technik allein macht Kinder und Jugendliche nicht schlau, die pädagogischen Konzepte müssen ebenfalls stimmen und angepasst werden. Dies ist eine Forderung an das Bildungsministerium, aber auch an das persönliche Engagement einer jeden Lehrerin und eines jeden Lehrers.

3.2 Kommunales Integrationszentrum

Seit 2013 gibt es auch im Rhein-Erft-Kreis ein „Kommunales Integrationszentrum“ (KI). Es befasst sich mit Themen rund um Migration und Integration und besonders mit den Themenfeldern Gesellschaftliche Teilhabe und Bildung von Migranten.

Deren Integration stellt sich als Querschnittsaufgabe, die viele politische Bereiche umfasst. Bildung, Gesundheit, Teilhabe, Sport, Wirtschaft, Jugendhilfe und Kultur sind hierbei Felder, in denen das KI Aufgaben in der Koordination, im Netzwerken, Konzeptentwicklung, Projektinitiierung, Beratung, Förderung, der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, der interkulturellen Qualifizierung und dem Erfahrungstransfer für Betroffene und Akteure (Verwaltungen, freie Träger, Migrantenorganisationen) im REK übernimmt, die letztendlich Menschen mit Migrationshintergrund zugutekommen

und gesamtgesellschaftlich betrachtet ein gutes Zusammenleben fördern sollen. Das erfordert eine enge Kooperation vor Ort.

Besonderen Stellenwert hat der Spracherwerb. Viele der Angebote des KI sind in diesem Bereich zu finden. Neben Workshops werden aber auch Konferenzen und Ausstellungen veranstaltet sowie Fördermittel verwaltet und an Antragsteller weitergeleitet. Auch ein Wegweiser für Ehrenamtliche wurde erstellt.

Monika Mertens

Der Rhein-Erft-Kreis stark für Integration

Zusammen mit unseren Koalitionspartnern engagieren wir Grünen uns für die Integration von hier lebenden Menschen, die aus anderen Ländern stammen. Im Kommunalen Integrationszentrum (KI) des Rhein-Erft-Kreises werden die Aktivitäten der Kommunen und Institutionen und Vereine im Kreis unterstützt. Hier ist einiges an guter Arbeit geleistet worden in den letzten Jahren. Wir werden das KI weiter unterstützen, selbst wenn die neue Landesregierung hier Zuschüsse kürzen sollte.

*Um dem politischen Interesse an der Integration von Migrantinnen und Migranten Ausdruck zu verleihen, haben wir einen Integrationspreis geschaffen. Damit sollen Projekte, Initiativen und das Engagement von Bürger*innen ausgezeichnet und der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden, die sich in besonderer Weise um die Integration von Zuwanderern kümmern und sich dabei Verdienste erworben haben. Ausgezeichnet werden können beispielsweise Einzelpersonen, Kommunen, Organisationen, Gruppen, Vereine, kirchliche Träger und Träger anderer religiöser Gemeinschaften, Kindergärten und Schulen, die sich für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund engagieren und Projekte zur Integration im Rhein-Erft-Kreis durchgeführt haben oder durch Aktivitäten die Integration nachhaltig fördern.*

Die Integration kann nur gelingen mit gegenseitigem Respekt und dem wirklichen Willen aller Beteiligten, aufeinander zuzugehen. Wir lehnen es genauso ab, wenn sich Migrantinnen und Migranten uns gegenüber in Subkulturen einigeln, wie wenn Deutsche nicht akzeptieren wollen, dass unser Land in einer globalisierten Welt keine Insel sein kann.

3.4 Planungssicherheit für Träger

Verträge im Sozial- und Gesundheitsbereich

Der Kreis kooperiert im Sozial- und Gesundheitsbereich seit Jahren erfolgreich mit einer ganzen Reihe von Verbänden und Vereinen. Für die geleisteten Dienstleistungen werden Mittel bereitgestellt. Dazu existieren längerfristige Verträge, die sich alle fünf Jahre automatisch verlängern, wenn sie nicht zur Mitte des Vorjahres vor Vertragsende gekündigt werden. Vor dieser Alternative steht nun der Kreistag, denn aktuell wird über noch zu erlassende „Richtlinien über die Förderung von Verbänden und Vereinen ab dem 1. Januar 2018“ diskutiert.

3.5 Rechtsextremismus

In seiner Sitzung vom 29. Juni 2017 beschloss der Kreistag, dass der Rhein-Erft-Kreis ein Handlungskonzept gegen Rechts erarbeiten soll.

Dazu hat sich der Kreis um die Teilnahme am Bundesprogramm „Demokratie leben“ wie auch am Landesprogramm „Lokale Handlungskonzepte gegen Rechts“ beworben.

Die Verwaltung wurde beauftragt, bei den Kommunen abzufragen, wie denn örtliche Initiativen aussehen und welche Hilfe die Kommune von Kreis, Land und Bund benötigt.

Die Verwaltung beabsichtigt, die bereits aktiven, am Thema arbeitenden Akteure im Kreis an einen Tisch zu holen. Gemeinsam mit den Kommunen soll eine Analyse, Bewertung, Festlegung der Ziele und Zielgruppen/Adressaten sowie eine Messung der Zielerreichung/Indikatoren durchgeführt werden. Ziel der Arbeit soll eine Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände im Rhein-Erft-Kreis, den kreisangehörigen Städten, Schulen, örtlichen Jugendhilfen, Sport, lokaler Wirtschaft, Polizei, Medien, Kirchen, Interessenverbänden, Bürgerinitiativen, Politik etc. und den Betroffenengruppen (u. a. Zielgruppen, junge Menschen, Opferverbände) sein.

Allgemeine Zielsetzungen sollen sein:

- Schaffung eines lokalen, speziell auf den Rhein-Erft-Kreis abgestimmten Handlungskonzeptes
- Orientierung an gemeinsamen Zielen zur Schaffung eines kommunalen Handlungsrahmens
- Erarbeitung von Präventionsstandards
- Selbstverpflichtung aller handelnden Akteure, diese Standards kurz- bis mittelfristig umzusetzen und zu einem Handlungsrahmen gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Rhein-Erft-Kreis beizutragen
- Verankerung des Konzeptes in der Lebenswelt der Adressaten durch intensiven Sozialraumbezug
- Schaffung eines Netzwerkes aller Akteure im Rhein-Erft-Kreis und Abbau bzw. Reduzierung von Schnittstellen

Sollten die Zuschussanträge bewilligt werden, bleiben beim Kreis noch Ausgaben von ca. 100.000 € für Personal- und Sachmittel – gut angelegtes Geld!

4. Verkehr

4.1 Nahverkehrsplan

Der Nahverkehrsplan ist mit seinen verschiedenen Maßnahmen in der Umsetzung.

Die Linie 920 wurde mit dem vorletzten Fahrplanwechsel deutlich beschleunigt. Sie läuft nun direkt von Horrem über Gymnich, Dirmerzheim, Lechenich, Liblar zum Bahnhof Lechenich. Das bringt einen Fahr-

zeitgewinn von über einer halben Stunde. Die wegfallenden Haltepunkte in Türnich, Balkhausen und Brüggen werden durch eine Ortsbuslinie übernommen.

Ähnliche Beschleunigungsmaßnahmen sind zwischen Elsdorf und Glesch oder Elsdorf und Horrem nicht so ohne Weiteres vorgesehen. Wegen der Anbindung von Elsdorf an die RB 48 sind die Abstimmungsgespräche zwischen den betroffenen Kommunen Bergheim und Elsdorf sowie dem Rhein-Erft-Kreis als Aufgabenträger noch nicht abgeschlossen.

4.2 Busverkehr des Kreises in Eigenregie seit dem 1.1.2019

Der Kreistag hat 2017 beschlossen, die REVG mit der Durchführung des Busverkehrs zu beauftragen. Hierzu sind ca. 95 Busse angeschafft, eine entsprechende Zahl an Fahrerinnen und Fahrern eingestellt, einen Betriebshof und eigene Lenkungsstrukturen aufgebaut worden.

Hintergrund hierfür ist die EU-Verordnung 1370 aus 2006, die schlicht regelt, dass ab 2019 auch die Verkehrsdienstleistungen für öffentliche Aufgabenträger europaweit auszuschreiben sind. Da es hier um erhebliche Finanzausgaben geht – allein für den Rhein-Erft-Kreis geht es um 20 Jahre á 25 Millionen Euro –, ist klar, dass alle Lösungsmöglichkeiten genauestens geprüft werden mussten. Und dies eben nicht nur auf Umsetzbarkeit, sondern auch auf juristische Korrektheit bezogen auf die juristischen Regelungen in der EU-Verordnung. Diese lässt neben einer Ausschreibung der Leistungen auch zu, dass sie durch den Aufgabenträger selbst erbracht werden oder aber durch ein Unternehmen, das vom Aufgabenträger wie eine eigene Behörde beherrscht wird. Dies ist beispielsweise bei der Rhein-Erft-Verkehrs-Gesellschaft – bisher eine reine Managementgesellschaft – der Fall.

In einem ersten Anlauf wurde versucht, für die REVG einen Partner zu finden, der den Verkehr durchführt.

Dies ist aber wegen der Klage eines Busunternehmers nicht möglich. Die Vergabekammer, bei der die Klage eingereicht worden war, hat festgestellt, dass lediglich die europaweite Ausschreibung und die eigenständige Erbringung der Fahrleistungen zu mehr als 50 % gesetzeskonform sind. Damit ist auch die Möglichkeit der Beauftragung der RVK vom Tisch, die bisher die Busleistungen erbracht hat. Die RVK hat sich schon im Rhein-Sieg-Kreis an einem Ausschreibeverfahren beteiligt und kann damit nicht mehr im Rahmen der Direktvergabe beauftragt werden.

Da alle Argumente gegen die Vergabe des Busverkehrs an den bisherigen Betreiber nicht überzeugen konnten, haben die Sozialdemokraten beschlossen, gegen den Beschluss „nachzukarten“ und sich in diesem Fall zum Kämpfer für die Umwelt hochzustilisieren, und kritisieren die Anschaffung von Dieselbussen anstelle von Bussen mit alternativen Antrieben.

Dies ist angesichts der Befürwortung der SPD eines längeren Betriebs der Braunkohlenkraftwerke ziemlich befremdlich. Der gesamte Autoverkehr im Rhein-Erft-Kreis produziert etwa drei Prozent des CO_2- Ausstoßes des Kraftwerks in Niederaußem, der Busverkehr im Vergleich gerade mal 0,2 Promille!!!

Die SPD findet die größte CO_2-Schleuder Braunkohle toll und erhaltenswert, aber beim Busverkehr, der vergleichsweise lächerlich wenig CO_2 produziert, hauen die Sozialdemokraten auf die „Umwelt-Pauke“.

Folgende Argumente begründen unsere Entscheidung, dem Aufbau des Eigenbetriebs der REVG mit modernen Dieselbussen zuzustimmen.

Durch die Wahl des Standorts für den Betriebshof in Kerpen und die Optimierung von Umläufen konnten wir die Anzahl der für die REVG anzuschaffenden Busse auf 95 begrenzen. Selbst „nur“ 95 neue Busse zum 1. Januar 2019 anzuschaffen und einsatzfähig zu haben, war nicht einfach zu realisieren. Die Hersteller sind leider nicht in der Lage, insbesondere in so kurzer Zeit alternative Antriebstechniken zu liefern, dennoch werden nur Busse der aktuell um-

weltfreundlichsten Schadstoffklasse EURO VI angeschafft. Der Busverkehr im Rhein-Erft-Kreis wird damit deutlich sauberer als bisher betrieben!

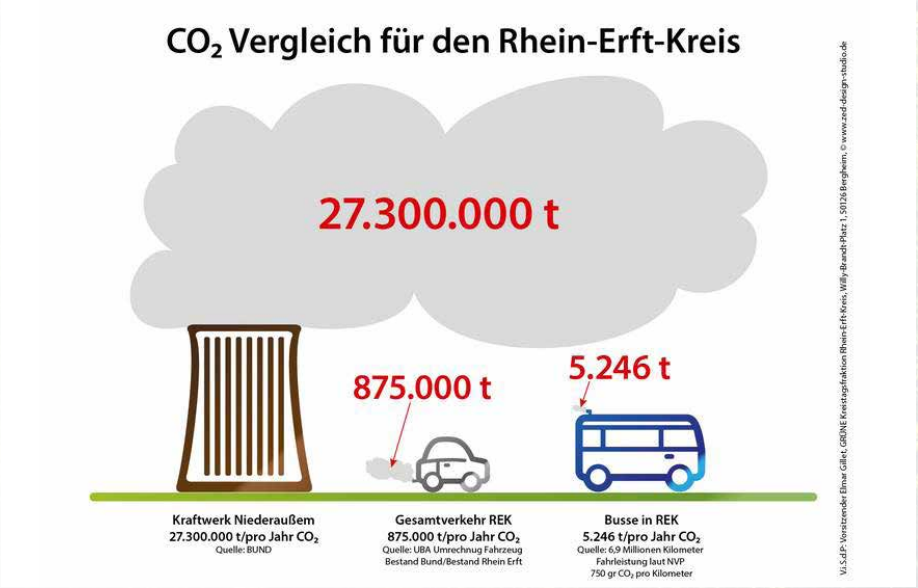
Die REVG wird aber zukünftig bei Neu- und Ersatzbeschaffungen die nachhaltigsten Lösungen realisieren, die technisch und wirtschaftlich machbar sind – und das zügig, denn die mittelständischen Subunternehmen werden Busse der REVG übernehmen können und damit ihre Busse sukzessive auf den REVG-Standard heben.

Mittelfristig geplant ist, in größerem Umfang auf Gasantriebe umzustellen, die dann klimaneutral sein werden, wenn das Gas aus regenerativen Quellen stammt. Die Wasserstoffelektrolyse mit Windkraft in den Zeiten, in denen weniger Windkraftstrom im Netz nachgefragt wird, und die anschließende Methanisierung garantiert, dass tatsächlich nachhaltig gefahren werden kann.

Langfristig kann der Gasantrieb auch durch die Brennstoffzellentechnik ersetzt werden, die derzeit noch nicht absolut betriebssicher ist. Auch dazu braucht es die regenerativen Technologien zur Herstellung von Wasserstoff. Aktuell sind die wenigen Brennstoffzellenfahrzeuge des bisherigen Betreibers hoch subventioniert und gleichen den Schadstoffausstoß des Betriebs älterer Dieselbusse nicht aus. Und Subventionen für alternativ betriebene Busse sind auch nur begrenzt verfügbar. Die Flottenumstellung auf Gas- und Brennstoffzellen-Busse, aber auch die Realisierung der Infrastruktur (Werkstatt, Tankstelle) sind nur mittelfristig realisierbar.

Reine Stromer sind für den Überlandverkehr – noch – ungeeignet. Sie brauchen teure Ladeinfrastruktur und sind natürlich nur so sauber wie der Strom, der die Batterien lädt. Die REVG ist aber aufgeschlossen auch gegenüber dem Batteriebetrieb. Zurzeit untersucht man Fördermöglichkeiten aus dem „Programm zur Förderung der Anschaffung von Elektrobussen im öffentlichen Personennahverkehr“. Dies will einen Anreiz geben, in emissionsarme oder emissionsfreie Fahrzeuge zu investieren, mit dem klaren Ziel, die CO_2-Emissionen zu senken und die Luftqualität zu verbessern. Die Schaffung der Ladeinfrastruktur und die Sicherung der regenerativen Herstellung des Stroms sind aber Voraussetzungen dafür, die CO_2-Emissionen tatsächlich zu senken. Auch hier wird mittelfristig einiges realisierbar sein.

Fazit: Alternative Busantriebe sind als Zukunftsperspektive sinnvoll und wünschenswert, kurzfristig aber nicht zu 100 % machbar, wegen der erforderlichen hohen Anzahl an Bussen, des Aufwands für die Lade-Infrastruktur bei Elektroantrieben und der nicht vollständig gesicherten Verfügbarkeit von regenerativ hergestelltem Wasserstoff oder Erdgas. Der Strom der E-Busse kommt noch immer gemäß allgemeinem Strommix aus Atomkraft und Braunkohle. Der Wasserstoff für die wenigen Brennstoffzellenbusse stammt bisher als Nebenprodukt aus der Chemischen Industrie, deren Produktionsprozesse sich auch ändern könnten und keinesfalls regenerativ ausgerichtet sind.



Vergleicht man die CO_2- Ausstoß im Kreis, sprechen die Zahlen eine deutliche Sprache

4.3 Radschnellwege Frechen und Erftradweg von Bedburg bis Erftstadt

Neben der inzwischen weitgehend realisierten Knotenpunktbeschilderung der Radwege im Rheinland haben sich die Grünen auf Kreisebene schon lange insbesondere für die rasche Realisierung von Radschnellwegverbindungen engagiert. Im Rahmen des Landeswettbewerbs hat die Verbindung von Frechen nach Köln als Radschnellweg den Zuschlag erhalten und wird jetzt intensiv geplant. Hier ist eine Verlängerung über Kerpen nach Aachen durchaus nicht utopisch und dürfte sich über die Sanierung von Einzelabschnitten realisieren lassen.

Eine zweite wichtige Verbindung stellt als Nord-Süd-Verbindung im Rhein-Erft-Kreis der Erft-Radweg dar. Die Erft fließt innerhalb des Rhein-Erft-Kreises von Erftstadt über Kerpen und Bergheim nach Bedburg. Hier gibt es die Zielsetzung, diesen Erftradweg auf dem Gebiet des Rhein-Erft-Kreises insgesamt in die Baulast des Kreises zu bekommen und als Kreis-Fahrradstraße auszuweisen und auszubauen. Die Beschlussvorlage 313/2017 ist auf der Internetseite[7] des Rhein-Erft-Kreises nachzulesen.

Schließlich geht es dann auch noch um die weiteren Verbindungen nach und von Köln. So Pulheim–Köln, Erftstadt–Hürth–Köln, Bonn–Brühl–Köln, Bonn–Wesseling–Köln. Wir bleiben am Ball!

7 https://www2.rhein-erft-kreis.de/sdnetrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0Nl.HayIYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ok9LkyIfuCWsHTs4Ql0Oe-Hd.CXuC-Wn4Oi0Lg-IbvDauHTp8To1Ok0HbwHau8Vt6Pi7Kj2GJ/Beschlussvorlage_313-2017.pdf

4.4 S-Bahn Köln–Horrem– Bedburg–Düsseldorf ab 2024

Der schienengebundene Personennahverkehr (SPNV) in der Region soll durch das Konzept Bahnknoten Köln über 15 miteinander im sinnvollen Zusammenhang stehende Einzelmaßnahmen[8] deutlich verbessert werden.

Die Idee ist, in Köln Hbf und Messe/Deutz durch je einen weiteren Bahnsteig die S-Bahnen in einem Zweieinhalb-Minuten-Takt über die Hohenzollernbrücke fahren zu lassen. Diese Linien brauchen dann im Osten und Westen jeweils Verästelungen und erschließen auf diese Weise die gesamte Region. Für den Rhein-Erft-Kreis heißt das zunächst, die Regionalbahn 38 durch eine S-Bahn zu ersetzen. Da muss die Strecke dann in Bedburg geteilt werden. Die Strecke Bedburg–Düsseldorf übernimmt dann die künftige RB 39, Bedburg–Köln wird Teil der S 12, die weiter bis zum Flughafen führt. Die S 13 Düren–Köln bleibt erhalten. Die Strecke Mönchengladbach–Grevenbroich–Pulheim–Köln wird später zur S-Bahn und auch die Verbindungen von Euskirchen nach Köln und Bonn über Brühl nach Köln werden nach 2030 zur S-Bahn.

Auf dem Abschnitt Horrem–Köln bewirkt die Verlagerung der Takttrasse auf die S-Bahn-Gleise eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit. Eine zusätzliche Trasse im Güterverkehr wird ermöglicht. Die Möglichkeit, auch mit einem eingleisigen Überwerfungsbauwerk in Horrem zurechtzukommen und nur an wenigen Stellen zweigleisig ausbauen zu müssen, macht die Erft-S-Bahn finanzierbar.

Grün bleibt am Ball und wird sich weiterhin auch für den massiven Ausbau der Stadtbahn – also der ins Umland führenden Straßenbahn – einsetzen.

8 www.nvr.de/fileadmin/Dateien/PDF/BahnknotenKoeln_Massnahmenkatalog_20160908.pdf

Gero Donner

Der neue Nahverkehrsplan

Schon bevor ich in den Kreistag nachgerückt bin, war ich Mitglied im Verkehrsausschuss und in die Beratungen zum Nahverkehrsplan involviert.

Im Jahr 2016 wurde dieser neue NVP nach langer Zeit von Gutachten, Projektgruppen, Arbeitskreisen und zähem Ringen um einzelne Punkte verabschiedet.

Für mich ist der NVP eine große Sammlung aus Zahlen und Informationen, die nun von der Politik umgesetzt werden will, in einem fortlaufenden Prozess.

2017 haben die ersten größeren Umsetzungen begonnen, wie zum Beispiel Routenänderungen von Buslinien, Taktänderungen und die Anbindung von Gewerbegebieten. Diese ersten kostenneutralen Maßnahmen, die aufgrund von Fahrgastzählungen erfolgten, sehe ich im Großen und Ganzen als positive Entwicklung.

Der NVP hat aber noch großes Potenzial für weitere Umsetzungen. Meiner Meinung nach sind die wichtigsten Schritte:

- *Taktverdichtungen in den Morgen- und Abendstunden, um den Umstieg vom Auto auf den ÖPNV besonders für Pendler zu fördern*
- *die Anbindung weiterer Gewerbegebiete muss forciert werden*
- *Schaffung und Ausbau von Pendler-Parkplätzen mit ÖPNV-Anbindung*
- *Schaffung von Mobilitätsstationen zwischen ÖPNV und dem Schienenverkehr inklusive integrierter Radstationen, Car-Sharing-Angeboten, Ladestationen für E-Bikes und Elektroautos sowie geschütztem Wartebereich*
- *weiterer Ausbau der Barrierefreiheit*

Auch wenn die Gutachter des NVP von einer Schnellbuslinie abraten und wir zurzeit davon Abstand genommen haben, meine Vision bleibt langfristig trotzdem eine Verbindung, die den Nord- und Südkreis in einer akzeptablen Zeit verbindet, ohne über den Knotenpunkt Köln Hbf fahren zu müssen. Auch das würde das weitere Zusammenwachsen unseres Rhein- Erft-Kreises fördern.

Und last but not least: Die bereits beschlossene Erft-S-Bahn muss zügig umgesetzt werden!

4.5 Rhein-Erft-Kreis-Grüne nach wie vor nicht von der neuen Rheinbrücke in Wesseling überzeugt

Der Landesbetrieb Straßen.NRW legte jetzt dem Verkehrsausschuss des Rhein-Erft-Kreises ein Beteiligungskonzept zur Autobahnquerspange A 553 mit Rheinquerung bei Wesseling vor. Dieses Papier noch aus dem Hause von Verkehrsminister Groschek macht deutlich, wie sich Sozialdemokraten Prozessbeschleunigungen vorstellen: Auch ohne großräumige Netzanalyse mit Abwägung von Alternativen wird die Trasse für eine neue Rheinbrücke bei Wesseling im Wesentlichen schon vorgegeben.

Die Grünen Rhein-Erft-Kreis sind nach wie vor noch nicht von der neuen Rheinbrücke in Wesseling überzeugt. Die Naturschutzverbände haben bereits erhebliche Bedenken angemeldet – bis hin zur Ablehnung des Projekts. Die zu erwartende Lärmbelastung lässt auf jeden Fall annehmen, dass die betroffene Wohnbevölkerung gegen das Projekt opponieren wird. Daran wird auch das durch Ex-Verkehrsminister Groschek geplante schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren nichts ändern.

Die konkrete Zielsetzung, also der Bau der Autobahnquerspange A 553 mit Rheinquerung bei Wesseling, ist mit dem in dem Werk enthaltenen Versprechen „Echte weiße Landkarte: keine relevanten Vorplanungen seitens Straßen.NRW“ schlicht nicht vereinbar.

Eine echte Nullvariante, also der Verzicht auf diese Maßnahme, setzt die Offenheit gegenüber Alternativen voraus.

Es müssen zuvor Gespräche mit den Naturschutzverbänden geführt werden, ob und wie überhaupt Linienkorridore gefunden werden können und welche Ausgleichsmaßnahmen denkbar sind.

Es ist auf jeden Fall erforderlich, komplexe Wirkungsanalysen verschiedener Straßenbaumaßnahmen durchzuführen, um zu einer optimalen Gesamtlösung zu kommen.

Für zielführender halten die Grünen, zunächst in die Sicherung von Bauwerken wie der Rodenkirchener Autobahnbrücke zu investieren und den Ausbau um jeweils zwei weitere Streifen auf vorhandenen Autobahnverbindungen wie auf der A 555 zwischen Godorf und Kreuz Köln-Süd und der A 4 zwischen Köln-Süd und Köln-Heumar voranzutreiben.

Schließlich sollten ebenfalls alle Verlagerungspotenziale auf Verkehrsmittel des Umweltverbundes genutzt werden. Dazu gehört der Ausbau des S-Bahn-Systems gemäß Planung des NVR. Dazu gehört die Verlängerung von Stadtbahnverbindungen ins Kölner Umland. Dazu gehörten die Planung und konsequente Umsetzung von Rad-Schnellverbindungen, die vor allem für Pedelec-Pendler interessant sind.

Schließlich ist ebenfalls eine konsequente Verlagerung der Güterverkehre auf die Schiene zu prüfen. Es sollten auch die regional vorhandenen Betriebsbahnen einbezogen werden, die zurzeit wegen des Braunkohleabbaus nicht zur Verfügung stehen.

Die Grünen in der gesamten Region sind sich bei diesem Thema einig: Am 30. März 2017 erklärten Vertreterinnen und Vertreter der Grünen Fraktionen im Rhein-Sieg-Kreis, im Rhein-Erft-Kreis, im Rat der Stadt Bonn und im Rat der Stadt Köln:

„Erst eine klare Analyse der Situation, dann die Entscheidung, welche Maßnahmen die besten Lösungen sind, und nicht umgekehrt!

Die Grünen in der Region Köln/Bonn begrüßen das Vorhaben der Landesregierung, die im Bundesverkehrswegeplan vorgesehene neue Rheinquerung zwischen Bonn und Köln von Beginn an mit größter Offenheit und Öffentlichkeit zu planen. Sie erwarten, dass sich das nicht nur auf die Auswahl möglicher Trassenvarianten bezieht. Die Festlegung von Minister Groschek auf eine Autobahnquerung und die nur vage Einbeziehung einer Schienenquerung sind da kontraproduktiv.

Die Grünen werden sich mit folgenden Positionen an dem Prozess beteiligen:

Es ist ausgehend vom Istzustand (Nullvariante) in einer regionalen Netzbetrachtung zu untersuchen, welche Entwicklungen der Verkehrsverhältnisse zu erwarten sind und welche Auswirkungen die Planungsvarianten zur Rheinquerung haben werden. Dabei ist der Raum von der Friedrich-Ebert-Brücke in Bonn bis zur Rodenkirchener Brücke in Köln unter Einbeziehung des Schienen-, Straßen- und Radverkehrs sowie Personen- und Güterverkehrs zu betrachten.

Massive Beeinträchtigungen von Wohn- oder Naturschutzgebieten sind nicht akzeptabel.“

4.6 Schiene auf vorhandenen Trassen ausbauen – Fit machen für die Zeit nach der Kohle

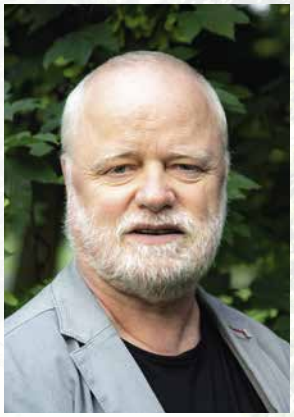
Die Forderung nach einem Ausbau der Stadtbahn wird heute nicht mehr sofort als grün utopisch abgekanzelt, angesichts des täglichen Megastaus rund um Köln und der sich abzeichnenden Entwicklung eines weiteren gigantischen Siedlungsdrucks auf das Kölner Umland, zunächst auf den ersten Siedlungsring mit Dormagen, Rommerskirchen, Pulheim, Frechen, Hürth, Brühl, Wesseling, dann auf einen zweiten mit Neuss, Grevenbroich, Bedburg, Bergheim, Elsdorf, Kerpen, Erftstadt, Weilerswist und Bornheim.

Es gibt sogar aktuelle Entwicklungen: In Brühl wird die Vorgebirgsbahn (Stadtbahnlinie 18) zweigleisig bis Schwadorf ausgebaut und der Takt verdichtet. Die Stadt Hürth würde lieber heute als morgen mit dem Ausbau der Stadtbahn 19 bis in das Einkaufszentrum beginnen. In Pulheim wünschen sich nicht nur die Grünen die Verlängerung der Linie 1 nach Brauweiler oder der Linie 4 über Widdersdorf nach Pulheim. In Frechen wird immer mal wieder über die Verlängerung der Stadtbahnlinie 7 bis Grube Carl, in Kerpen über die weitere Verlängerung ins Gewerbegebiet Türnich nachgedacht.

Der Ausbau der S-Bahn – das elektrifizierte und leistungsstarke Nahverkehrspremiumprodukt der DB – wird in vielen wichtigen Relationen noch auf sich warten lassen, zunächst dürften die S-Bahnen nach Bedburg und über Pulheim nach Grevenbroich und Mönchengladbach realisiert werden. Aber selbst diese Maßnahmen auf vorhandenen Trassen dürften noch 10 Jahre brauchen.

Die wichtigen S-Bahn-Linien über Hürth und Brühl nach Bonn oder über Hürth und Erftstadt nach Euskirchen setzen den Ausbau des S-Bahn-Westrings sowie den Bau eines sogenannten Überwerfungsbauwerks in Kalscheuren voraus. Die liegenschaftlichen Fragen sind nicht gelöst, Planungsrecht noch nicht geschaffen. Das dauert daher eher noch 15 oder 20 Jahre.

Wir drängen aktuell auf eine großräumige intermodale, also verkehrsträgerübergreifende Untersuchung zur Lösung der Verkehrsprobleme in der Region, zu der auch Radschnellwege, Mobilitätsstationen, Car-Sharing, Schnellbuslinien und vieles andere mehr gehört. Es gehört aber auch dazu, die vorhandenen Schienen nach dem Auslaufen der Kohleverstromung zu nutzen und heute schon entsprechend planungsrechtlich zu sichern.



Johannes Bortlisz-Dickhoff

Villebahn – Vision und Kampfbegriff

Manche Dinge brauchen ihre Zeit. Als wir vor knapp 30 Jahren in der Kreistagsfraktion die Vision von einem Schnellbus und einem Stadtbahnprojekt im Erftkreis hatten, ahnten wir nicht, dass dies ewig und drei Tage dauern würde. Und immer noch ist nicht sicher, wie wir im anstehenden Strukturwandel im Rheinischen Braunkohlerevier die vorhandenen Betriebsbahnen im Zusammenspiel mit anderen Schienen nutzen und vielleicht sogar ausbauen könnten.

Als Vision und Kampfbegriff wurde der Begriff Villebahn okkupiert. Eigentlich hieß so eine Schmalspurkohlebahn in Brühl, die die Heider Kohlegrube mit dem Vochemer Bahnhof verband und heute noch teilweise als Radweg nutzbar ist.

Mit dem Villebahnkonzept wurde also ein Vorschlag für eine Stadtbahnverbindung von Wesseling über Brühl, Hürth, Frechen, Kerpen, Bergheim nach Bedburg auf im Wesentlichen vorhandenen, heute aber noch immer zum Teil für den Kohletransport genutzten Schienentrassen gemacht.

Zwischenbilanz der Grünen Fraktion im Rhein-Erft-Kreis

Antrag	Gremium	Inhalt	Stand der Umsetzung
Antrag der Koalition vom 14.08.2014 **Suchthilfe im Rhein-Erft-Kreis**	Gesundheitsausschuss 04.09.2014 273/2014 Gesundheitsausschuss 13.11.2014 368/2014 1. Erg. Kreisausschuss 27.11.2014 371/2014 1. Erg.	Die Koalitionsfraktionen wollen mit dem Antrag die Suchthilfe im Rhein-Erft-Kreis untersuchen, Vorschläge für eine Weiterentwicklung machen. Letztlich durch Beschlusslage zur Verlängerung von Verträgen abgeschlossen. Werden verlängert. Jährlich soll ein Runder Tisch „Sucht" stattfinden, um die Konzeption weiterzuentwickeln.	Die Untersuchung wurde durchgeführt. Ein runder Tisch „Sucht" der einmal jährlich zusammentritt, wurde ins Leben gerufen.
Antrag der Koalition vom 10.09.2014 **Planfeststellungsverfahren für den Neubau der 110-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Rommerskirchen–Sechtem – Stellungnahme der Verwaltung**	Umweltausschuss 10.09.2014 299/2014 1. Erg. Umweltausschuss 11.06.2015 126/2015	Koalitionsfraktionen fordern die Ablehnung der Freileitung auf dem Gebiet der Stadt Hürth. Amprion soll zum geplanten Stromleitungsbau vortragen.	umgesetzt
Antrag der Koalition vom 18.09.2014 **Energieberatungen für und durch ALG II Empfänger*innen**	Kreisausschuss 18.09.2014 77/2014	Jobcenter soll auf Antrag der Koalition Energieberatungen vor Ort durchführen.	
Antrag der Fraktionen vom 02.09.2014 **Wahl einer Kommission Inklusion**	Kreisausschuss 18.09.2014 302/2014	Der Antrag 388/2013 der Kreistagsfraktionen setzt eine Kommission ein, die einen Maßnahmenkatalog erarbeiten soll. Die Kommission beabsichtigt, den Endbericht Mitte 2018 vorzulegen. Über die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen ist dann zu beraten.	Auf Antrag aller Fraktionen wird eine Kommission Inklusion eingerichet.
Antrag der Koalition vom 13.11.2014 **Schulsozialarbeit – Schreiben der Berufskollegs**	Schulausschuss 13.11.2014 324/2014 1. Erg. 26.02.2015 62/2015 12.11.2015 337/2015 1. Erg. 10.11.2016 306/2016	Antrag zur Evaluierung der Sozialarbeit an den Berufskollegs Schulsozialarbeit soll durch das Land finanziert werden. Bedarf und Finanzierungsanteile Land für Sozialarbeit an Förderschulen darstellen Schulsozialarbeit durch freien Träger an BK und Förderschulen durchführen, ohne auf Ansprüche gegen das Land zu verzichten.	so umgesetzt
Antrag der Koalition vom 03.02.2015 **Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2015/2016 Radverkehr sicherer gestalten**	Verkehrsausschuss 18.02.2015 75/2015	Hotspots der Fahrradgefährdung mit den kommunalen Radfahrbeauftragten	noch nicht umgesetzt
Freies W-LAN soll in Kantinen und Wartebereichen angeboten werden	26.05.2015		noch nicht umgesetzt, da Umbauten sich verzögern
Antrag der Koalition vom 10.02.2015 **Beratung des Haushaltsplanentwurfs Energie- und Klimaschutzmanagement umsetzen**	Kreisausschuss 26.02.2015 16/2015 1. Erg.	Klimaschutzmanager*in einstellen	Nach intensiver Vorbereitung zur Erfüllung von Förderauflagen ist die Stelle ausgeschrieben.

Über die PDF-Datei habt ihr die Möglichkeit einer direkten Verlinkung zu den Anträgen. **www.gruene-rek.de/zwischenbilanz2018**

Zwischenbilanz der Grünen Fraktion im Rhein-Erft-Kreis

Antrag	Gremium	Inhalt	Stand der Umsetzung
Gemeinsam gegen Wohnungseinbruch	26.02.2015	5000 € für Sicherheitstage	so beschlossen und realisiert
Antrag der Koalition vom 03.02.2015 **Beratung des Haushaltsplanentwurfs und des Stellenplans** Stelle für Umweltkoordination im Rhein-Erft-Kreis	Kreisausschuss 26.02.2015 80/2015	Arbeit des Kreises in Umweltfragen soll verbessert werden.	umgesetzt
Antrag der Koalition vom 19.02.2015 **Einrichtung eines Beirates für das Kommunale Integrationszentrum**	Kreisausschuss 12.03.2015 92/2015	Beirat für das Kommunale Integrationszentrum einrichten	Beirat ist eingerichtet und arbeitet. Die Städte sind dort mit je einer/einem Vertreter*in ihrer Integrationsräte ebenso vertreten wie die Kreistagsfraktionen.
Auswirkungen des 10-Punkte-Plans der Bundesregierung gegen Antibiotikaresistenzen	03.06.2015		Umgesetzt. Das Gesundheitsamt arbeitet hier vorbildlich.
Antrag der Koalition vom 20.05.2015 **Aktueller Sachstand Frischezentrum Köln-Marsdorf**	Kreistag 25.06.2015 122/2015 1. Erg.	Frischemarkt Marsdorf	Wird abgelehnt werden. Die Stadt Köln sieht keinen anderen Standort.
Antrag der Koalition vom 16.06.2015 **Positionierung des Rhein-Erft-Kreises im Regionalplanprozess der Bezirksregierung Köln**	Kreistag 25.06.2015 186/2015	Strukturierter Verfahrensvorschlag zur Vorbereitung der Regionalplanänderung	Der Regionalplanprozess läuft. Detaillierte Vorgaben wurden eingebracht.
	Kreistag 02.06.2016 92/2016 1. Erg.	Strukturierter Verfahrensvorschlag zur Entwicklung eines Kreisentwicklungskonzeptes	
	Finanzausschuss 01.09.2016 177/2016 1. Erg.	Kreis und Kommunen sollen beim Fördermittelmanagement intensiv zusammenarbeiten.	
Breitbandausbau im Rhein-Erft-Kreis	Kreisausschuss 24.11.2016 271/2016 3. Erg.	Breitbandausbau – WfG soll Thema bearbeiten	wird umgesetzt
Beteiligung des Rhein-Erft-Kreises an fünf Gemeinschaftsprojekten in der Leader-Region Zülpicher Börde	Kreisausschuss 22.03.2017 109/2017	Leader-Projekt mit 5.000 Euro unterstützen	beschlossen
Entwicklung einer Breitband-Strategie für den Rhein-Erft-Kreis	Kreisausschuss 23.03.2017 110/2017	Breitbandstrategie entwickeln und Breitbandkoordinator einstellen	Breitbandkoordinator hat die Arbeit aufgenommen
Umsetzung der Standort- und Zukunftsstudie 2030 RELOAD	Kreisausschuss 23.03.2017 130/2017	RELOAD Studie finanzieren und umsetzen	erfolgt
	Kreisausschuss 30.11.2017 472/2017	RELOAD auch personell umsetzen	

Über die PDF-Datei habt ihr die Möglichkeit einer direkten Verlinkung zu den Anträgen. **www.gruene-rek.de/zwischenbilanz2018**

Zwischenbilanz der Grünen Fraktion im Rhein-Erft-Kreis

Antrag	Gremium	Inhalt	Stand der Umsetzung
Katzenkastrationspflicht im Rhein-Erft-Kreis	11.11.2015	Verein Straßenkatzen soll vortragen, die Rechtssituation hinsichtlich Zwangskastration dargestellt werden.	sollte im Umweltausschuss erfolgen
Antrag der Koalition vom 12.10.2015 **Mobilstation Weiden-West**	Verkehrsausschuss 18.11.2015 308/2015	Mobilstation Weiden-West voll ausbauen und reine Parkpaletten als unzureichend ablehnen	
Antrag der Koalition vom 28.01.2016 **Klage gegen das Atomkraftwerk Tihange**	Kreistag 25.02.2016 21/2016 1. Erg.	Der Kreis unterstützt die Städteregion Aachen mit ihrer Klage gegen die belgischen Schrottreaktoren in Tihange. Dazu gab es den Koalitionsantrag 21/2016 1. Ergänzung.	Rechtliche Schritte gegen Tihange prüfen
Antrag der Koalition vom 07. bzw. 19.04.2016 **Kerosinseen Wesseling**	Umweltausschuss 27.04.2016 95/2016	Leckagen in den Rohrleitungen der Wesselinger Chemie sind kein Wunder, stammen die Systeme doch noch zu einem großen Teil aus dem Dritten Reich. Die Schäden bei SHELL und Lyondell Basell müssen verfolgt werden. Hier sind sich die Koalitionäre einig: 95/2016.	Schäden bei SHELL und Lyondell Bassell darstellen lassen
Antrag der Koalition vom 25.05.2016 **Quartalsbericht 1/2016 – Berechnung der Kosten der Unterkunft im Jahr 2016**	Kreistag 02.06.2016 91/2016 1. Erg.	KdU – genauer ermitteln und Handlungsempfehlungen geben	ist erfolgt
Antrag der Koalition vom 08.04.2016 **Standort- und Zukunftsstudie für den Rhein-Erft-Kreis – Vorstellung der Ergebnisse durch das Institut der Deutschen Wirtschaft**	Kreistag 02.06.2016 94/2016 1. Erg. Kreistag 23.03.2017 130/2017	2014 wurde ein Koalitionsantrag beschlossen, der der Wirtschaftsförderungsgesellschaft einen Zuschuss von 75.000 € für die Durchführung der Studie zur Verfügung stellte. Zur Umsetzung der Studie wurden 2017 in den Haushaltsberatungen weitere Mittel beschlossen: 295.000 € für das Jahr 2017, 400.000 € für 2018 und 185.000 € für 2019.	DIW Standort- und Zukunftsstudie im Kreistag am 02.06.2016 vorgestellt Umsetzung der Standort- und Zukunftsstudie 2030 RELOAD
Antrag der Koalition vom 23.08.2016 **Lokale Handlungskonzepte gegen Rechts**	Kreistag 22.09.2016 169/2016 1. Erg.	Lokale Handlungskonzepte gegen Rechts entwickeln	Das Konzept wurde entwickelt und durch den Kreistag gebilligt. Die Arbeit wurde bereits begonnen.
Antrag der Koalition vom 14.09.2016 **Mehrgenerationenhaus „Oase e.V."**	Kreistag 22.09.2016 252/2016	Mehrgenerationenhaus Oase in Frechen unterstützen	so beschlossen und realisiert
Antrag der Koalition vom 27.10.2016 **„Gute Schule 2020" – Förderprogramm der Landesregierung**	Schulausschuss 10.11.2016 291/2016 1. Erg. Kreisausschuss 23.03.2017 153/2017	Gute Schule 2020 – Programm vorstellen lassen Gute Schule 2020 – Mittelverteilung	Wird mit den beschlossenen Einzelmaßnahmen umgesetzt. Insbesondere die Digitalisierung an den Schulen wird gefördert.
Antrag der Koalition vom 21.02.2017 **Forderungsmanagement durch externe Dienstleister**	Finanzausschuss 09.03.2017 111/2017	Forderungsmanagement darstellen und möglicherweise durch private Dienstleister ersetzen	Umsetzung steht an

Über die PDF-Datei habt ihr die Möglichkeit einer direkten Verlinkung zu den Anträgen. **www.gruene-rek.de/zwischenbilanz2018**

Zwischenbilanz der Grünen Fraktion im Rhein-Erft-Kreis

Antrag	Gremium	Inhalt	Stand der Umsetzung
Antrag der Fraktionen vom 09.11.2016 **Fördermittel an Vereine und Verbände**	Finanzausschuss 17.11.2016 55/2016 2. Erg.	Bei den Richtlinien für Zuschüsse an Vereine soll ein Zerstückelungsverbot erfolgen.	Zuschüsse an Dritte erfolgen gemäß drei Kategorien: Bis 10.000 € werden keine Einzelnachweise verlangt, über 80.000 € werden Verträge mit Nachweisverfahren vereinbart, dazwischen erfolgt eine Einzelbetrachtung, die in Verträgen münden kann. Auf Antrag der Koalitionsfraktionen (55/2016 1. Ergänzung) erfolgt hier ein Zerstückelungsverbot, die Zuschüsse erfolgen für den Verein insgesamt.
Antrag der Koalition vom 03. bzw. 08.11.2016 **Zuschuss für den Eigenanteil bei Förderprojekten kreiseigener Gesellschaften**	Kreistag 08.12.2016 329/2016	Finanzierung des Eigenanteils für kreiseigene Gesellschaften mit 150.000 € ermöglichen	Die Fraktionen von CDU, Grünen und FDP beschließen mit ihrem Antrag 329/2016, dass den kreiseigenen Gesellschaften die für Förderprojekte erforderlichen Eigenmittel sichergestellt werden. Es werden entsprechende Haushaltsmittel in Höhe von 150.000 € vorgesehen.
Antrag der Koalition vom 16.02.2017 **Haushaltsberatungen: Bessere Mobilität im Rhein-Erft-Kreis**	Kreisausschuss 23.03.2017 85/2017	Ein umfangreiches Programm im Rahmen der Mobilitätspolitik des Kreises wurde beschlossen: für 2017 30.000 € und für 2018 70.000 € für ein breit angelegtes Konzept zur Verbesserung des Umweltverbundes	Maßnahmen sind in der Umsetzung
Antrag der Koalition vom 16.02.2017 **Haushaltsberatungen: Senkung der Kreisumlage aus Mitteln der Ausgleichsrücklage**	Kreisausschuss 23.03.2017 86/2017	Die Koalitionsfraktionen machen eine sparsame Haushaltspolitik. Sie konnten die Haushalte seit 2009 so sparsam bewirtschaften, dass fast 50 Mio. Euro zur Senkung der Kreisumlage und damit zur Entlastung der Kommunen verwendet werden können.	beschlossen
Antrag der Koalition vom 21.02.2017 **Haushaltsberatungen: Bedburger Teiche**	Kreisausschuss 23.03.2017 112/2017	Mit dem Antrag 112/2017 wurden 10.000 € für 2017 und noch einmal 30.000 € für 2018 für Sicherungsmaßnahmen zum Erhalt des Naturschutzgebietes Bedburger Teiche bereitgestellt. Dazu sollte geklärt werden, wie die Bedburger Teiche – ein wichtiges Vogelschutzgebiet – dauerhaft erhalten werden können.	Mit der Verwaltungsvorlage 342/2017 setzt die Verwaltung wichtige Maßnahmen um.

Über die PDF-Datei habt ihr die Möglichkeit einer direkten Verlinkung zu den Anträgen. **www.gruene-rek.de/zwischenbilanz2018**

Zwischenbilanz der Grünen Fraktion im Rhein-Erft-Kreis

Antrag	Gremium	Inhalt	Stand der Umsetzung
Antrag der Koalition vom 22.02.2017 **Haushaltsberatungen: Sicherheitsmessen und Digitale Sicherheit**	Kreisausschuss 23.03.2017 126/2017	Auch die Sicherheitsmessen einschließlich der Thematik der digitalen Sicherheit werden auf Antrag von CDU, Grünen und FDP unterstützt. Kreispolizeibehörde und Kreishandwerkerschaft Rhein-Erft erhalten dafür pro Jahr 30.000 €. Das Thema „Digitale Sicherheit" soll besondere Beachtung finden. Dafür werden zusätzlich je 10.000 € bereitgestellt. (126/2017)	in Umsetzung
Antrag der Koalition vom 02.03.2017 **Haushaltsberatungen: Internationale Förderklassen**	Kreisausschuss 23.03.2017 139/2017	Internationale Förderklassen werden auf Koalitionsantrag 139/2017 mit jährlich 25.000 €, gleich aufgeteilt auf die fünf Berufskollegs des Rhein-Erft-Kreises, für Maßnahmen in den Internationalen Förderklassen bereitgestellt.	Ist erfolgt. An den Berufskollegs des Rhein-Erft-Kreises sind fünfzehn Internationale Förderklassen eingerichtet. Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Nationen, Sprachen und Kulturen kommen hier zusammen.
Antrag der Koalition vom 09.03.2017 **Haushaltsberatungen: Gutes Essen**	Kreisausschuss 23.03.2017 147/2017	Auf Antrag von CDU, Grünen und FDP beschloss der Kreisausschuss im März 2017, Mittel in Höhe von 5.000 € zur Erarbeitung eines Projekts „Gutes Essen" in den Haushalt 2018 einzustellen. Damit soll das Kreisgesundheitsamt Schulen in Kreisträgerschaft bei der Umsetzung einer gesunden Mittagsverpflegung unterstützen, sofern diese im Rahmen des Schulbetriebs angeboten wird.	erfolgt
Evaluierung zu den Integration Points im Rhein-Erft-Kreis	06.09.2017	Integration Points evaluieren – Vortrag Arbeitsagentur – Mängel beheben	Arbeitsagentur hat berichtet – es beginnen Restrukturierungen.
Antrag der Koalition vom 07.07.2017 **„RHAPSODY, Research to Assess Policies and Strategies for Dementia in the Young"**	Sozialausschuss 07.09.2017 255/2017	Rhapsody – Programm zur Früherkennung und Behandlung von Demenz	Wird vorgestellt. Folgerungen sind zu beraten.
Antrag der Koalition vom 08.08.2017 **Prostitution und Flüchtlinge**	Sozialausschuss 07.09.2017 293/2017	Zwangsprostitution bei Flüchtlingen – Situation soll dargestellt werden.	so beschlossen
Antrag der Koalition vom 22.06.2017 **Schienenoptimierung**	Verkehrsausschuss 13.09.2017 248/2017	Entwicklungspotenziale des linksrheinischen Schienennetzes einschließlich Betriebsbahnen sollen dargestellt werden. Linksrheinische Rheinuferstrecke soll für Güterverkehr nutzbar bleiben.	in Arbeit
Öffentlichkeitsarbeit zur Umsetzung weiterer Maßnahmen des Nahverkehrsplans	28.09.2017	Öffentlichkeitsarbeit Nahverkehrsplan	beschlossen – noch nicht umgesetzt

Über die PDF-Datei habt ihr die Möglichkeit einer direkten Verlinkung zu den Anträgen. **www.gruene-rek.de/zwischenbilanz2018**

Zwischenbilanz der Grünen Fraktion im Rhein-Erft-Kreis

Antrag	Gremium	Inhalt	Stand der Umsetzung
Vorbereitung einer stationären Geschwindigkeitsüberwachung auf dem BAB-4-Teilstück zwischen den Anschlussstellen Merzenich und Elsdorf	19.10.2017	Die Koalitionsfraktionen begrüßen in ihrem Antrag 375/2017 das von der Bezirksregierung angeordnete Tempolimit von 130 km/h auf dem Teilstück der BAB 4 zwischen Merzenich und Elsdorf. Die Verwaltung soll dabei vorrangig die Überwachung in der „Section Control"-Variante planen. Vorausgegangen waren dem Antrag und der Geschwindigkeitsanordnung mehrere schwere Unfälle.	beschlossen – noch nicht berichtet
Zukunftsperspektiven für Geflüchtete	19.10.2017	Qualifizierung junger Geflüchteter mit 180.000 €	Pilotmaßnahme soll am Adolf-Kolping-Berufskolleg durchgeführt werden
Prüfauftrag bezüglich Grünschnitt- und Bioabfällen	22.11.2017	Den Kommunen soll ermöglicht werden, selbst Grünschnitt und Bioabfälle zu entsorgen oder zu verwerten.	so umgesetzt
Integrationspreis im Rhein-Erft-Kreis	25.01.2018	Integrationspreis ausrichten	beschlossen
Soziale Folgen der Digitalisierung im Rhein-Erft-Kreis	31.01.2018	Mit dem Antrag sollen die sozialen Folgen der Digitalisierung beraten werden.	beschlossen
Antrag der Koalition vom 10.01.2018 **Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie im Rhein-Erft-Kreis**	Umweltausschuss 01.02.2018 16/2018	Erftverband soll über Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie berichten.	wird im Mai 2018 geschehen
Antrag der Koalition vom 15.01.2018 **Artenschutz für Fluginsekten**	Umweltausschuss 01.02.2018 15/2018	Gemeinsam mit den Freien Wählern/Piraten hat die Koalition von CDU, Grünen und FDP im Januar 2018 unter der Vorlagennummer 15/2018 auch den Artenschutz für Fluginsekten thematisiert. Der Antrag lautet: Die Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen, wie praktische Maßnahmen für den Artenschutz insbesondere für Fluginsekten realisiert werden können, insbesondere durch Schaffung von entsprechenden Habitaten.	wird im Mai 2018 geschehen
Antrag der Koalition vom 18.01.2018 **Einrichtung eines Bildungsgangs „Berufliches Gymnasium Gesundheit"**	Schulausschuss 07.02.2018 34/2018	Mit dem Antrag 34/2018 geht es der Koalition um den Bildungsgang „Berufliches Gymnasium Gesundheit". Die demokratische Entwicklung erfordert eine gute, verlässliche und wohnortnahe gesundheitliche Versorgung. Gut ausgebildetes Fachpersonal ist von Nöten. Daher hat das Land den Bildungsgang eingerichtet, der auch im Rhein-Erft-Kreis angeboten werden soll.	beschlossen

Über die PDF-Datei habt ihr die Möglichkeit einer direkten Verlinkung zu den Anträgen. **www.gruene-rek.de/zwischenbilanz2018**

Zwischenbilanz der Grünen Fraktion im Rhein-Erft-Kreis

Antrag	Gremium	Inhalt	Stand der Umsetzung
Antrag der Koalition vom 25.01.2018 **„Station Silvia" – Erfolgreiche Betreuung von Menschen mit Demenz in einem Akut-Krankenhaus**	Gesundheitsausschuss 22.02.2018 48/2018	Das Deutsche Institut für angewandte Pflegeforschung schätzt in einer Studie zur Thematik Demenzerkrankter in Krankenhäusern, dass es jährlich zu 2,6 Millionen Verabreichungen sedierender Medikamente und zu 500.000 meist unnötigen Fixierungen kommt. Wir wollen berichten lassen, wie im Malteser-Akut-Krankenhaus Köln-Weyertal anders und menschenfreundlicher mit der Thematik umgegangen wird.	
Antrag der Koalition vom 24.01.2018 **Einladung Fußballtrainer des Vereins SC Germania Erftstadt-Lechenich IV**	Beirat KI 12.04.2018 45/2018	Der Verein SC Germania Erftstadt-Lechenich hat eine ganze Fußballmannschaft aus Flüchtlingen. Trainer ist Alois Goergen. Er soll in der Sitzung des Kommunalen Integrationszentrums über das Projekt berichten.	
Über die PDF-Datei habt ihr die Möglichkeit einer direkten Verlinkung zu den Anträgen.		**www.gruene-rek.de/zwischenbilanz2018**	

Impressum

GRÜNE Rhein-Erft-Kreis
KREISTAGSFRAKTION
Willy-Brandt-Platz 1
50126 Bergheim
Telefon +49 22 71 83 18 421
Fax +49 22 71 83 22 321
fraktion@gruene-rek.de

DTP-Satz & Druck
ZED-Design STUDIO – die creativschmiede
www.zed-design-studio.de
Auflage 1.000 Stück
01/19

Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/10170-1901-3693

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

GRÜNE Rhein-Erft-Kreis
KREISTAGSFRAKTION
Willy-Brandt-Platz 1
50126 Bergheim
Fax +49 22 71 83 22 321
fraktion@gruene-rek.de

Sekretariat:
+49 22 71 83 18 421
Geschäftsführung:
+49 22 71 83 18 411
Fraktionsvorsitz:
+49 22 71 83 18 431